

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Kiel, den 30. November 1948.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtvertretung,
Sonntag, den 4. Dezember 1948, 15 Uhr, Rathaus, Ratssaal.

Öffentliche Sitzung

Geschäftliche Mitteilungen.

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 22.11.1948.
2. Besetzung der städtischen Fach- und Unterausschüsse - Drs.18 -
(Unterlagen werden nachgereicht.)
Oberbürgermeister.
3. Umbesetzung eines Ausschusses - Drs.17 -
Oberbürgermeister.
4. Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl am 24.10.1948
- Drs.19 - (Unterlagen werden nachgereicht)
Ratsherr Thiede.
5. Änderung des Bewirtschaftungsplanes für Baumittel - Drs.4 -
Stadtrat Wüstenberg.
6. Vergebung von Hochbauarbeiten - Drs.7 -
Stadtrat Wüstenberg.
7. Baugesuch Max Mews, Kiel-Gaarden, Schulstraße 14 - Drs.8 -
Stadtrat Wüstenberg.
8. Außerplanmäßige Ausgabe in Reichsmark zur Abdeckung des Vorschußkontos III G - Drs.10 -
Stadtrat Wüstenberg.
9. Genehmigung von Entscheidungen nach § 54 I und II DGO. - Drs.9 -
Oberbürgermeister.
10. Beschlußverfahren - Drs.12 -
Oberbürgermeister.
11. Aufhebung eines Teiles der Hafengasse - Drs.11 -
Stadtrat Wüstenberg.

Verschiedenes.

Nichtöffentliche

Nichtöffentliche Sitzung

12. Überlassung von städtischem Gelände (etwa 24.000 qm) in Erbbau-recht an die Gemeinnützige Heimstätten-Genossenschaft Kiel-Ost eGmbH. zur Abrundung der Siedlung Kronsburg - Drs. 5 -
Stadtrat Wüstenberg.
13. Verkauf verschiedener Grundstücke - Drs. 6 -
Oberbürgermeister.
14. Verkauf des Grundstücks Knooper Weg 57 - Drs. 14 -
Stadtrat Wüstenberg.
15. Austausch Stadt Kiel / Rathke, Elendsredder 71 / Kl. Kuhberg 11
- Drs. 15 -
Stadtrat Wüstenberg.
16. Außerplanmäßige Ausgabe für Flächenaustausch Stadt Kiel / Fa.
Helbig, Proetzer Chaussee / Röntgenstraße - Drs. 16 -
Stadtrat Wüstenberg.

• Der Oberstadtdirektor.

Drucksache 4

Betrifft: Änderung des Bewirtschaftungsplanes für Baumittel

Berichterstatter: Stadtrat Wüstenberg.

Antrag: Die durch den Oberbürgermeister am 8. und 16.11.1948 auf Grund des § 54 II DGO getroffenen Entscheidungen zu genehmigen, durch die der Bewirtschaftungsplan für Baumittel wie folgt geändert worden ist.

Mittel für die Beseitigung von Kriegsschäden

Haushaltsstelle	Bezeichnung	bish. Ansatz DM	neuer Ansatz DM	Mehr- betrag DM
<u>673</u>				
9801 (0010)	Rathaus, II. Bauabschnitt	151.000	157.000	6.000
9811 (21)	Schule Wiener Allee (Elmschenhagen)	74.800	88.800	14.000
9838 (522)	Wiederaufbau der Garage mit Dienstwohnung Desinfektionsanstalt	-	16.000	16.000
9847 (7101)	Straßenreinigungs-Anst. Eckernförder Allee 84	9.900	18.900	9.000
9869 (712)	Feuerwache Süd, Prüfle	-	3.200	3.200
9873 (713)	Volksbad Turnstraße	6.000	11.000	5.000
<u>674</u>				
983 (921)	Volkshaus Gaarden	87.500	100.500	13.000
<u>676</u>				
981 (7104)	Beseitigung von Kriegs- schäden an den Kanali- sationsanlagen	75.000	105.000	30.000
<u>677</u>				
988 (84)	Schuppen Ost	18.000	40.000	22.000
9810 (84)	Zollschuppen H.	3.000	10.000	7.000
9811 (84)	Zollniederlage Wall 57	11.000	18.000	7.000
			Sa.	132.200

Hiervon sind 125.200,-- DM wie folgt einzusparen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Bish. Ansatz DM	neuer Ansatz DM	Ein- sparung DM
<u>673</u>				
9812 (21)	Schule Rocksberg 26	16.000	2.000	14.000
9815 (21)	Schule Speckenbeker Weg	11.300	10.300	1.000
9840 (526D)	Städt. Krankenanstalt Kochhaus	80.000	50.000	30.000
9841 (5260)	desgl. Haus V	94.000	83.000	11.000
9844 (5520)	Seebad Düsternbrook	47.300	42.300	5.000
9854 (7103)	Bedürfnisanst. am Wall (Seegarten)	10.000	-	10.000
9857 (7103)	desgl. Rathausplatz	3.000	-	3.000
9861 (7112)	Seegrenzschlachthof	61.700	51.700	10.000
<u>674</u>				
981 (920)	Schweinemastanlage Grasweg	4.000	-	4.000
989 (921)	Miethäuser des Grund- stücksamtes	862.200	859.000	3.200
<u>675</u>				
985 (7140)	Gründanlagen - Stadt- gartenwesen -	116.000	106.000	10.000
<u>677</u>				
9821 (84)	Kaianlagen u. Brücken	662.000	642.000	20.000
<u>678</u>				
9835 (84)	Silo Nordhafen	200.800	195.800	5.000
			Sa.	<u>126.200</u>

Mittel für bauliche Maßnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt - außer Kriegsschädenbeseitigung -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	bish. Ansatz DM	neuer Ansatz DM	Mehr- betrag DM
V 7104/128 RV	Schmutzwasserkanalisa- tion Achterkamp	25.000	37.000	12.000
862/901	Ausbau der ehemaligen Eichhofkaserne	-	7.200	7.200
			Sa.	<u>19.200</u>

Es sind einzusparen:

Es sind einzusparen:

452/800	Rentnerheime u. sonst. Sozialeinrichtungen, Un- terhaltung d. Gebäude	4.000	-	4.000
921/800	desgl. Miethäuser des Grundstücksamtes	6.200	5.000	1.200
921/902 RV	Ausbau d. ehem. Eichhof- Kaserne	2.000	-	2.000
			Sa.	<u>7.200</u>

Begründung:

Zu 673/9801. (0010) - Rathaus, II. Bauabschnitt -

Der Mehrbetrag von 6.000,-- DM wird für die Beseitigung von Schäden an der Heizung - Vorlaufleitung auf dem Dache des Westflügels des Rathauses - benötigt, die bei der Aufstellung des Bewirtschaftungsplanes für Baumittel noch nicht erkennbar waren. Die Arbeiten mußten sofort in Angriff genommen werden, da sonst ein vollkommener Ausfall der Heizung zu befürchten war.

Zu 673/9811 (21) - Schule Wiener Allee, Elmschenhagen -

Die besonders ungünstigen Schulverhältnisse im Stadtteil Elmschenhagen haben eine Ausdehnung des Bauprogrammes für die Schule Wiener Allee erforderlich gemacht. Der Schulhof soll doppelt so groß als zunächst vorgesehen angelegt werden. Entgegen dem ursprünglichen Plan sollen ferner die Kellerräume hergerichtet sowie Doppelfenster in allen Klassen angebracht werden. Der bei der Aufstellung des Bewirtschaftungsplanes veranschlagte Betrag von 74.800,-- DM reicht für die Durchführung der Arbeiten nicht aus. Mehraufwendungen werden ferner durch die inzwischen eingetretene Lohnerhöhung im Baugewerbe erforderlich.

Zu 673/9838 (522) - Wiederaufbau der Garage mit Dienstwohnung, Desinfektions-A.

Die an der alten Lübecker-Chaussee gelegene Desinfektionsanstalt ist z.Zt. nach Dienstscluß ohne Bewachung. In der Anstalt müssen Privatsachen gelagert werden. Wiederholt sind bereits nach Dienstscluß Einbrüche erfolgt. Es ist deshalb erforderlich, für den Oberdesinfektor, der z.Zt. in Eutin wohnt, in der Anstalt eine Dienstwohnung einzubauen.

Für die beiden Desinfektionswagen ist z.Zt. keine Unterstellmöglichkeit vorhanden. Der Wiederaufbau der Garage ist dringend erforderlich.

Zu 673/9847 (7101) - Straßenreinigungsanst. Eckernförder Allee 84 -

Im R-Markhaushalt waren für die Instandsetzung des Werkstättengebäudes 20.000,-- DM vorgesehen. Bei der Aufstellung des Bewirtschaftungsplanes mußte dieser Ansatz auf 9.900,-- DM verringert werden. Der Betrag ist nicht ausreichend, um die Instandsetzung

durchführen

durchführen zu können. Die s.Zt. noch nicht vorgesehene Verlegung der Autoreparaturwerkstatt Hof Hammer in das Werkstattengebäude der Straßenreinigungsanstalt macht Mehraufwendungen erforderlich. Die Überschreitung des Ansatzes ist ferner auf die Lohnerhöhung im Baugewerbe und Preiserhöhungen für Materialien zurückzuführen.

Zu 673/9869 (712) - Feuerwache Süd, Prüne -

Die bisher von der Feuerwehr als Abstellraum benutzten Räume sind dem Schwedischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt worden. Die baulichen Veränderungen für den neuen Verwendungszweck erfordern einen Kostenaufwand von 3.200,-- DM.

Zu 673/9873 (713) - Volksbad Turnstraße -

Für die Wiederherstellung des Volksbades stehen nach dem Bewirtschaftungsplan 6.000,- DM zur Verfügung. Dieser Betrag ist nicht ausreichend. Um die Wiederaufnahme des Betriebes der Anstalt zu ermöglichen, ist für den Einbau der Kessel ein weiterer Betrag von 5.000,-- DM erforderlich.

Zu 674/983 (921) - Volkshaus Gaarden -

Die Überschreitung der Mittel ist dadurch entstanden, daß Arbeiten durchgeführt werden mußten, die im Kostenanschlag nicht in dem ausgeführten Umfange vorgesehen waren. Für das Volkshaus und die Bedürfnisanstalt des Sportplatzes sollte eine gemeinsame Klärgrube angelegt werden. Die Baukosten der Klärgrube von 12.000,-- DM sollten auf beide Bauvorhaben zu gleichen Teilen verteilt werden. Nachdem der Bau der Bedürfnisanstalt in Fortfall kam, entstand somit eine Mehrbelastung für den Bau des Volkshauses von 6.000,-DM. Weitere Mehraufwendungen machte die Herrichtung des Volkshauses für einen Kinobetrieb erforderlich, der bei der Aufstellung des Kostenanschlages nicht vorgesehen war. Zum Teil ist die Überschreitung der Mittel auch auf die Lohnerhöhung im Baugewerbe zurückzuführen.

Zu 676/981 (7104) - Beseitigung von Kriegsschäden an den Kanalisationsanlagen.

Während der Schlechtwetterperiode (August/Sept.) sind eine ganze Reihe bisher nicht feststellbarer Schäden bekannt geworden. Ihre sofortige Beseitigung - Gefahr von Straßeneinbrüchen usw. - hat zur vorzeitigen Erschöpfung des Verfügungsbetrages von 75.000,- DM geführt. Der Mehrbetrag von 30.000,-- DM wird benötigt, damit die Arbeiten zur weiteren Beseitigung von Kriegsschäden an den Kanalisationsanlagen ihren Fortgang nehmen können.

Zu 677/988 (84) - Schuppen Ost-

Die Annahme, daß die Baukosten in Auswirkung der Währungsreform wesentlich geringer werden würden, hat sich als irrig erwiesen. Die Lohnerhöhung im Baugewerbe und Preiserhöhungen für Materialien haben im Gegenteil zu erheblichen nicht vorausgesehenen Mehraufwendungen geführt. Der Zustand des Mauerwerkes war vor Beginn der Bauausführung nicht zu übersehen. Es ergab sich, daß etwa 20 m³ Mauerwerk mehr abgebrochen werden mußten als vorgesehen. Etwa 20.000 Steine mußten neu beschafft werden, vorgesehen war, sie aus dem vorhandenen Mauerwerk zu gewinnen. Alle diese Umstände machen eine nachträgliche Anforderung von 22.000,- DM erforderlich.

Zu 677/9810 (84) - Zollschuppen H -

Der Mehrbedarf ist dadurch entstanden, daß eine Reihe von Instandsetzungen durchgeführt werden können, auf die bei der Aufstellung des Kostenanschlages vor der Währungsreform wegen Materialmangels verzichtet werden mußte. U.a. handelt es sich dabei um Dachrinnen, Abfallrohre, Erneuerung von Türen und Holzfußböden sowie Überholung der Lichtanlage. Wie bei allen anderen Bauvorhaben hat auch in diesem Falle die Lohnerhöhung im Baugewerbe zu Mehraufwendungen geführt.

Zu 677/9811 (84) - Zollniederlage Wall 57 -

Insgesamt werden 7.000.-- DM mehr benötigt. Hiervon entfallen auf Lohnerhöhung 2.500.-- DM

Einbau einer nicht vorgesehenen Decke zur Verhinderung von Schweißwasserbildung. Die Notwendigkeit ergab sich erst im Laufe der Bauausführung 1.650.--DM

Wiederherstellung von Kellermauerteilen, Beschaffenheit konnte vor Wegräumen des Schuttet nicht festgestellt werden. 700.--DM

Trockenlegung des Kellers. 1.150.--DM

Wiedereinbau einer Maschine für Lastenaufzug. Maschine war bisher in der Städt. Krankenanstalt, Kosten des Wiedereinbaues konnten vorher nicht übersehen werden. 1.000.--DM Sa. 7.000.-- DM

Zu V 7104/128 RV - Schmutzwasserkanalisation Achterkamp -

Die Mehraufwendungen von 12.000,- DM sind ausschließlich auf die inzwischen eingetretene Lohnerhöhung im Baugewerbe zurückzuführen.

Zu 862/901 - Ausbau der ehemaligen Eichhofkaserne -

Bei dem Ausbau der ehemaligen Kasernenanlage Eichhof hat sich herausgestellt, daß die Pappeindeckung unbedingt erneuert werden muß. Die Kosten werden auf 7.200.- DM veranschlagt.

G a y k
Oberbürgermeister

Kiel, den 29. November 1948

Drucksache 7

Betrifft: Vergebung von Hochbauarbeiten.

Berichterstatter: Stadtrat Wüstenberg.

Antrag: Folgende Entscheidungen, die nach § 54 I und II DGO vom Oberbürgermeister und einem weiteren Gemeinderat getroffen worden sind, werden genehmigt:

1. Städt. Krankenanstalten, Wiederaufbau des Kochhauses
 - a) Aufräumung, Abbruch, Erd- und Maurerarbeiten
Fa. Reimer u. Schmidt, Kiel, Auftragssumme: 39.074,45 DM
 - b) Eisenbeton-Arbeiten
Fa. Friedrich Helbig, Kiel, Auftragssumme: 17.965,35 "
 - c) Zimmererarbeiten
Fa. W. Eichmann, Kiel, Auftragssumme: 16.580,65 "
2. Herrichtung einer Kraftfahrzeughalle
auf dem Gelände der Straßenreinigungs-
anstalt, Eckernförder-Allee
Fa. Jacob Berg, Kiel, Auftragssumme: 34.341,40 "
3. Getreidesilo Nordhafen - Ausbau des Daches -
Maurerarbeiten
Fa. H. Bracker, Kiel, Auftragssumme: 51.990,30 "
4. Wiederaufbau des Rathauses
Tischlerarbeiten für den Mittelbau - Vorderfront -
Fa. Jacob Berg, Kiel, Auftragssumme: 7.315,- DM

Begründung

Die Durchführung der Arbeiten ist von der Stadtvertretung bereits früher genehmigt worden. Die erforderlichen Mittel sind durch den Bewirtschaftungsplan für Baumittel zur Verfügung gestellt worden. Sämtliche Arbeiten sind beschränkt ausgeschrieben worden. Die Auftragserteilung ist in jedem Falle an die Firma erfolgt, die das geringste Gebot abgegeben hat.

G a y k
Oberbürgermeister

Kiel, den 29. November 1948

Drucksache 8

Betrifft: Baugesuch Max Mews, Kiel-Gaarden, Schulstraße 14.

Berichterstatter: Stadtrat Wüstenberg.

Antrag: Die von dem Oberbürgermeister gem. § 54 II DGO am 16.11.48 getroffene Entscheidung zu genehmigen, dem Baantrage zu entsprechen.

Begründung

Begründung

Der Bäckermeister M e w s hat den Antrag gestellt, ihm die bauliche Wiederinstandsetzung des Verkaufsraumes auf seinem Grundstück Schulstraße 14 zu gestatten. Durch Einziehung eines massiven Notdaches soll der Verkaufsraum wieder nutzbar gemacht werden. Es handelt sich um geringfügige Baumaßnahmen, die nur einen Kostenaufwand von etwa 1.400,-- DM erforderlichen machen. Das auf dem gleichen Grundstück liegende Backhaus befindet sich noch in Betrieb.

Das Grundstück liegt Ecke Schulstraße und Kieler Straße und wird von einer Verbreiterung sowohl der Schulstraße als auch der Kieler Str. betroffen, die die Neuplanung für Gaarden vorsieht. Das Bauvorhaben überschreitet außerdem die förmlich festgestellte Baufluchtlinie der Kieler Straße.

Gegen eine befristete widerrufliche Genehmigung bestanden keine Bedenken, nachdem der Grundstückseigentümer die Verpflichtung übernommen hatte:

1. Im Falle der Heranziehung seines Grundstückes zur Straße auf die durch die beantragten Baumaßnahmen entstehende Wertsteigerung zu verzichten und diesen Bauteil entschädigungslos abzubrechen, wenn die Stadt es verlangt;
2. auf Forderungen gegen die Stadt zu verzichten, die aus einer durch den Abbruch eingetretenen Existenzminderung seines Betriebes hergeleitet werden können.

Zur Sicherung dieser Verpflichtung wird eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen werden.

G a y k
Oberbürgermeister

S t a d t K i e l
Der Oberbürgermeister

Kiel, den 25. November 1948

Drucksache 9

Betrifft: Genehmigung von Entscheidungen nach § 54 I und II DGO.

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Folgende Entscheidungen, die nach § 54 I und II DGO. vom Oberbürgermeister und einem weiteren Gemeinderat getroffen worden sind, werden genehmigt:

- a) Bereitstellung von
 1. 7.200,-- RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 671/70 - Steuern -
 2. 61.550,-- RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 671/76 - Zahlungen für Vorjahre -unter Entnahme aus der Haushaltsstelle 98/791 - Vorbehaltsmittel-
- b) Bereitstellung von 67.750,-- RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 82/76 - Zahlungen für Vorjahre - unter Entnahme aus der Haushaltsstelle 98/791 - Vorbehaltsmittel -.
- c) Bereitstellung von 533,95 RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 024/76 - Zahlungen für Vorjahre - unter Entnahme aus Vorbehaltsmitteln der Haushaltsstelle 98/791.
- d) Bereitstellung von 15.000,-- DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 712/971 - Beschaffung eines Krankenwagens -.

e)

- e) Bereitstellung von 15.850,-- DM für die Nutzbarmachung des Lagers Russee bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 453/904 - Instandsetzungskosten des Lagers Russee -.

Begründung

Zu a)

Es ist noch ungeklärt, ob die Erlöse der Gemeinden aus der Trümmerbeseitigung zur Umsatzsteuer herangezogen werden. Der Finanzausschuß ist der Auffassung, daß die Beseitigung und Verwertung der Trümmer eine hoheitliche Aufgabe der Stadt ist, und daß daher die Erlöse aus den Bautrümmern nicht umsatzsteuerpflichtig sind. Mit Rücksicht auf die Währungsreform ist Umsatzsteuer für die bisher vereinnahmten Erlöse aus Bautrümmern gezahlt worden unter dem Vorbehalt, daß eine Verpflichtung der Stadt zur Zahlung der Umsatzsteuer in einem Rechtsmittelverfahren rechtskräftig festgestellt wird.

Zu b)

Beim Übergang der Straßenbahn auf die Kieler Verkehrs-AG am 1.7.42 hat die Stadt Kiel auf ihren Herausgabeanspruch gegen eine Entschädigung von nominell 6.775.000 RM Aktien der Kieler Verkehrs-AG. verzichtet. Nach Auffassung des Finanzamtes stellt diese Entschädigung z.T. ein Entgelt für die Gewährung des Betriebsrechts und z. anderen Teil ein Entgelt für die Benutzung von Grundstücken dar. Unter Bewertung des Anteils dieser beiden Entgelte mit je 50 % und den Kurs der Aktien mit 100 % hat das Finanzamt für die Hälfte = 3.387.500 RM der Entschädigung als Entgelt für die Gewährung des Betriebsrechts 2 % Umsatzsteuer = 67.750 RM gefordert. Ob eine Anfechtung der Steuerforderung des Finanzamtes erfolgreich sein wird, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Währungsreform ist der Betrag von 67.750 RM gezahlt worden.

Zu c)

Im Jahre 1945 wurden auf Veranlassung der Stadt Kiel für Haushalte, die durch Fliegerschäden von der Gas- und Stromversorgung ausgeschaltet wurden, Öfen und Herde zur Bereitung von warmen Mahlzeiten gesetzt. U.a. war die Firma Imhoff mit dem Anschließen der Öfen und Herde beauftragt. Die von ihr eingereichten Rechnungen konnten infolge von Bombenschäden nicht aufgefunden werden. Es ist anzunehmen, daß eine Bezahlung nicht erfolgt ist. Der Fa. ist ein Betrag von 533,95 RM gezahlt worden. Die Ausgabebücher der Stadthauptkasse werden in dieser Angelegenheit noch einmal überprüft.

Zu d)

Die Landesregierung ließ sich mit Schreiben vom 8.12.1947 den Bedarf an Feuerlöschfahrzeugen bzw. Krankenwagen melden. Die Berufsfeuerwehr meldete einen Opel-Krankenwagen, der von der Landesregierung bei der Fa. Opel aus dem zur Verfügung stehenden Kontingent in Auftrag gegeben wurde. Auf Anfrage der Fa. Opel, ob nach der Währungsreform der Auftrag aufrechterhalten bleiben soll, wurde dieser mitgeteilt, daß wegen des dringenden Bedarfs der Auftrag aufrechterhalten bleibt. Bevor der Wagen abgeholt werden konnte, mußte der Rechnungsbetrag 14.773,48 DM an die hiesige Bezirksvertretung eingezahlt werden, weil sonst der Freigabeschein nicht herausgegeben wurde.

Zu e)

Das ehemalige DP-Lager 44 Russee wurde nach seiner Räumung der Stadt Kiel zur Verfügung gestellt. Das Lager besitzt eine Aufnahmefähigkeit von ca. 600 Personen, ist aber erst bezugsfähig nach Behebung der dringendsten Reparaturen. Vom Hochbauamt werden dafür folgende Kosten veranschlagt:

veranschlagt: Lichtleitung 3.500 DM, Fenster, Türen, Schlösser usw. 5.000 DM, behelfsweiser Einbau von Schornsteinabzügen 750,-- DM, Verglasung 350,- DM, Maurerarbeiten 1.250,- DM. Damit das Lager nicht für längere Zeit genutzt blieb, sind die Mittel gem. § 54 DGO. bereitgestellt worden.

G a y k
Oberbürgermeister

Hauptausschuß für
Stadtplanung u. Bauwesen

Kiel, den 20. Oktober 1948

Drucksache 10

Betrifft: Außerplanmäßige Ausgabe in Reichsmark zur Abdeckung des Vorschußkontos III G

Berichterstatter: Stadtrat Wüstenberg.

Antrag: Bei Haushaltsstelle 620/903 Ord. 1948 - Zur Abdeckung des Vorschußkontos III G - 23.435,-- Reichsmark bereitzustellen

Begründung:

Durch Verfügung des Oberbürgermeisters vom 28.6.1943 sind aufgrund der Wohnraumlenkungsverordnung vom 27.2.1943 zum Wiedereinbau von Wohnungen in zweckentfremdeten Gebäuden beim Vorschußkonto III G insgesamt 66.953,76 RM bereitgestellt worden. Die Deckung sollte durch Erstattung der Kosten mit 50 % durch die Hauseigentümer und in gleicher Höhe durch Reichszuschüsse erfolgen.

Die Gesamterstattung und damit die Abdeckung des Vorschußkontos ist nur mit 43.519,40 RM erreicht worden. Es besteht somit noch ein ungedeckter Betrag von 23.434,36 RM. Die Erstattung ist nicht mehr zu erreichen. Ausgefallen sind 20.563,94 RM Reichszuschüsse und 2.870,42 RM von mehreren Hauseigentümern. Die Zustimmung des Kämmersers gemäß § 91 DGO ist erteilt.

W ü s t e n b e r g
Stadtrat

Der Oberbürgermeister

Kiel, den 29. November 1948

Drucksache 12

Betrifft: Beschlußverfahren.

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: I. Zustimmung:

- a) zur Bildung eines Ausschusses für Beschlüssachen, bestehend aus 4 Ratsherren und 4 bürgerlichen Mitgliedern,
- b) daß der Ausschuß für Beschlüssachen gleichzeitig als Beschwerdeausschuß für "Baulenkung" gilt,
- c) daß der Vorsitzende des Beschlüssausschusses bzw. sein Stellvertreter Vorsitzender der Kleingartenspruchsstelle ist.

II. Wahl der Ausschußmitglieder, von denen der Vorsitzende und sein Stellvertreter die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben sollen.

Begründung

Begründung:

Nach dem Gesetz über die Neuregelung des Beschlußverfahrens in Schleswig-Holstein vom 15.7.1948 sind wie vor 1933 bestimmte Angelegenheiten des Gewerbe-, Bau-, Abgaben-, Fürsorge-, Enteignungs-, Wege-, Wasser- und Fischereirechts im Beschlußverfahren zu erledigen. Das Verfahren vor den Beschlußberörden ist durch eine Verfahrensordnung geregelt, nach der bestimmte Verfahrensvorschriften rechtlicher Art zu beachten sind, die sich an die Vorschriften der Zivilprozeßordnung anlehnen. Die Verfahrensordnung sieht u.a. vor, daß die Sitzungen regelmäßig öffentlich sind und daß die Beschlußbehörden Ortsbesichtigungen vornehmen, Zeugen und Sachverständige eidlich oder uneidlich vernehmen oder vernehmen lassen können. Die Beschlußbehörde entscheidet nach ihrer freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung durch Beschluß. Entschließungen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Gegen die Entscheidung der Beschlußbehörde kann Klage vor dem Landesverwaltungsgericht erhoben werden. Beschlußbehörde ist in den kreisfreien Städten die Stadtvertretung, die ihre Zuständigkeit auf den Hauptausschuß - in Kiel die Kämmerer - oder einen besonderen Ausschuß übertragen kann. Die Entscheidung des Ausschusses darf jedoch nicht verkündet werden, bevor feststeht, daß die Stadtvertretung sie weder ändern noch zurückweisen will. Sofern die Stadtvertretung beschlossen hat, in allen oder bestimmten Beschlußsachen von ihrem Änderungs- oder Zurückweisungsrecht (Beauftragungsrecht) keinen Gebrauch machen zu wollen, soll die Entscheidung des Ausschusses sofort nach der Beschlußfassung in Gegenwart der Beteiligten verkündet werden. Darüber soll der Ausschuß zu gegebener Zeit der Stadtvertretung Vorschläge unterbreiten. Diese gesetzliche Regelung entspricht der von 1933, wo der "Stadtausschuß" für diese Angelegenheiten zuständig war. Dadurch, daß der Beschlußausschuß gleichzeitig Beschwerdeausschuß für Baulenkung ist und sein Vorsitzender bzw. sein Stellvertreter gleichzeitig Vorsitzender der Kleingartenspruchstelle ist, soll eine einheitliche Handhabung erreicht werden, außerdem wird die Verwaltung vereinfacht und verbilligt. Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses für Baulenkung und sein Stellvertreter sollen die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben. Das Gleiche gilt für den Vorsitzenden der Kleingartenspruchstelle. Die Beisitzer der Kleingartenspruchstelle werden aus Listen entnommen, die der Kleingartenausschuß auf Vorschlag der Organisation von Pächtern und Verpächtern wählt. Die Entscheidungen der Beschlußbehörde sind in den kreisfreien Städten durch den Oberstadtdirektor vorzubereiten. Er muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen und kann mit dieser Aufgabe einen entsprechend befähigten anderen Beamten beauftragen. Entsprechend der Regelung vor 1933 ist beabsichtigt, die Beschlußsachen durch das städtische Rechtsamt (Syndikat) vorbereiten zu lassen.

G a y k
Oberbürgermeister

Drucksache 11

Betrifft: Aufhebung eines Teiles der Hafengasse.

Berichterstatter: Stadtrat Wüstenberg.

Antrag: Den zwischen Sophienblatt und Auguste-Viktoria-Straße liegenden Teil der Hafengasse als öffentliche Straße aufzuheben.

Begründung

Die Hafengasse ist am Sophienblatt mit dem Haus Sophienblatt 19 überbaut worden in der Voraussetzung, daß die Hafengasse als öffentliche Straße zur gegebenen Zeit aufgehoben werden soll. Nachdem der bisherige Hinderungsgrund für die Aufhebung, nämlich die Gastwirtschaft von Plöhn an der Auguste-Viktoria-Straße, durch Kriegseinwirkungen in Fortfall gekommen ist, hat der Eigentümer von Sophienblatt 19, Wegmann, den Antrag auf Aufhebung gestellt. Wegmann beabsichtigt, die bestehende Durchfahrt mit einem Ladeneinbau zu schließen. Eine Verkehrsbedeutung hat die Hafengasse nicht, da der Verkehr sich auf der dicht daneben liegenden Parallelstraße, der Herzog-Friedrich-Straße, abwickeln kann. Der Verkehrsplaner der Stadt, Baurat Sill, hat zudem betont, daß jede Kreuzung oder Einführung einer Nebenstraße in die Hauptverkehrsstraße Sophienblatt unzweckmäßig ist. Der Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen, dem der Antrag zum ersten Mal am 23.4.1948 vorgelegen hat, hat nach mehreren Sitzungen die Aufhebung beschlossen. Die ursprünglich gegen die Aufhebung bestehenden Bedenken, die sich aus der evtl. Verlegung des Hauptbahnhofes in Richtung der Herzog Friedrich-Straße ergaben, sind ausgeräumt, nachdem die Reichsbahn diesen Plan fallen gelassen hat. Die Anlieger der Hafengasse, Wegmann und Provinzialversicherung, sind nach der Durchführung der Aufhebung vertrag^{lich} verpflichtet und auch bereit, das Straßenland anteilig von der Stadt zu kaufen. Das Ordnungsamt hat die wege- und verkehrspolizeiliche Zustimmung erteilt, ebenso haben die Reichspost, Stadtwerke und das Tiefbauamt der Aufhebung zugestimmt.

G a y k
Oberbürgermeister

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister

Kiel, den 29. November 1948

Drucksache 17

Betrifft: Umbesetzung eines Ausschusses.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung, daß folgender Ausschuß umbesetzt wird:

Entnazifizierungshauptausschuß I

ausgeschieden:

Herr Schmucker

neu:

Ratsherr v. Köller,
Holtenuauer Str. 59a CDU

Gayk
Oberbürgermeister

Kiel, den 3. Dezember 1948

Drucksache 18

Betrifft: Besetzung der städtischen Fach- und Unterausschüsse.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Die Wahl der Mitglieder der Ausschüsse vorzunehmen,
und zwar:

Unterausschuß für Hafen und Verkehr:

6 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU	Herbert Sartori
SPD	Emil Willumeit

4 bürg. Mitgl.:

CDU	Kurt Ivers
"	Köllner
SPD	Hans Lythje
"	Emil Bendtfeldt

Fachauschuß für Theater:

6 Mitglieder, bestehend nur aus Ratsherren

CDU	Hermann Hartmann
"	Frau Kühl
"	Walter Breitenstein
SPD	Dr. Schäfer
"	Max Schmidt
"	Richard Thiede

Unterausschuß für Sport und Spiel:

8 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU	Günter Pfeffer
SPD	Detlef Sievers

6 bürg. Mitgl.:

CDU	Paul Theede
"	Spangenberg
"	
SPD	Erich Paulsen
"	Ernst Ehmsen
"	Otto Jahn

Fachauschuß für allgemeine Fürsorge:

6 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU	Frau Schröder
SPD	Walter Kowalewsky

4 bürg.Mitgl.:

1	Vertreter der Inneren Mission:	Ebsen
1	" des Charitas-Verbandes:	Falsett
1	" der Arbeiterwohlfahrt:	Cäsar Rosenbrook
1	" des Reichsbundes der Hinterbliebenen und Körperbeschädigten:	Schmiedemann

Flüchtlingsausschuß:

11 Mitglieder, bestehend aus:

5 Beisitzern: (Ratsherren oder Mitglieder des
Hauptausschusses)

CDU	Fr. v. Köller
"	Frau Brauer
"	Paul Gäber.
SPD	Paul Stech
"	Hermann Marth

6 Flüchtlingsvertretern:

Franz Schneider
Paul Rietz,
Bernhard Gehrmann,
Gertrud Oilmann,
Hans Thaday,
Fritz Kuhn,

Kreissonderhilfsauschuß:

3 Mitglieder, bestehend aus:

1 Vorsitzenden:

Meyer-Grieben

2 Beisitzern:

Dr. Karl Lindemuth
Hermann Marth.

Für Ratsherrn Marth Vertreter: Adolf Drobe.

Beirat für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene:

10 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU Günter Pfeffer

SPD Paul Stech

8 bürg. Mitgl.:

Vertreter der Kriegsbeschädigten:

1 Kriegsbeschädigter aus dem Weltkrieg 1914/18:

Paul Gäbler (CDU) - Otto Steller (SPD)

1 Kriegsbeschädigter aus dem Weltkrieg 1939/45

Wichert

1 Kriegshinterbliebene aus dem Weltkrieg 1914/18:

Frau Stolze

1 Kriegshinterbliebene aus dem Weltkrieg 1939/45:

Frau Jeschke

1 Vertreter der Unternehmer:

Ulbrich

1 " " Arbeiter:

Adolf Drobe

2 auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge
erfahrene Persönlichkeiten

Walter Rönnebeck

Fachausschuß für Jugendwohlfahrt:

8 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU Frau Kühl

SPD Günther Lütgens

6 bürg. Mitgl.:

1 Vertreter der evang. Kirche:

Kraft

1 " " kathol. Kirche:

Richter

1 Mitglied des Kieler Verbandes
für Leibesübungen:

Kurt Luckau

1 Vertreter anderer Jugendverbände: Herm. Thurow

1 " der weiblichen Jugendpflege: Hl. Annemarie
Koch

1 " der Arbeiterwohlfahrt: Frau Magda Jung.

Unterausschuß für Gemeinschaftslager:

6 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU	Frau Brauer
SPD	Walter Kowalewsky

4 bürg.Mitgl.:

3 Vertreter aus den Reihen der
Flüchtlingslagerinsassen:

1 Vertreter aus den Reihen der
Bauarbeiterlagerinsassen:

Frau Lindenau
Riedel
Schacht, Lager Drachensee
Schönrock, Lager Kollhorst

Unterausschuß für die Genehmigung von Jugendgruppen:

Ratsherr Köster	Paulsen (Sportjugend)
Kraft (f.d.evang.Jgd)	Albert (Sportjugend)
van Vugt (f.d.katholJgd.)	Vollmer (weibl. Jugend)
Falk ("Falken")	Krämer (Amtsgericht)
Motzner (D.D.J.)	Dr.Eylks (Arbeitsamt)
Verdieck (Gewerksch.Jgd)	Rektor Sievers (Lehrervertr.)

Fachausschuß für Baulenkung:

8 Mitglieder, bestehend aus:

4 Ratsherren:

CDU	Wegener
"	Sager
SPD	Wüstenberg
"	Lüdemann

4 bürg.Mitgl:

CDU	Ohle
"	Stoffers sen.
SPD	Hans Schlotfeldt
"	Kluth

Fachausschuß für Hochbau:

4 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU Sager

SPD Kuhn

2 bürg.Mitgl.:

CDU Hävernick

SPD Ludwig Schmidt

Fachausschuß für Tiefbau:

4 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU Georg Nolte

SPD Emil Kletscher

2 bürg.Mitgl.:

CDU Bürklen

SPD Wahls

Fachausschuß für Grundstücksverwaltung:

8 Mitglieder, bestehend aus:

4 Ratsherren:

CDU Schweim

" Wegener

SPD Schatz

" Graber

4 bürg.Mitgl.:

CDU Knörzer

" Reinke

SPD Adolf Pörschke

" Otto Behrens

Kleingartenausschuß:

Ratsherr Lüdemann (SPD)

Ratsherr (CDU)

Goldmann (Vertreter der Kleingärtner)

Rethwisch (" " ")

Wörpel (" " Bauern)

Hauptausschuß für Wohnungsfragen:

Der Hauptausschuß wird auf 10 Mitglieder erhöht, da in dem Hauptausschuß nach dem Flüchtlingsnotgesetz 1 Vertreter aus den Reihen der Flüchtlinge sein muß.

6 Ratsherren:

CDU	Sartori
"	Nolte
"	Frau Brauer
SPD	Frau Hinz
"	Book
"	Kuhn

4 bürg. Mitgl.:

CDU	Gärtner
"	Friedrichsen
SPD	Langbehn
"	Thomas Hansen

Vergabekommission:

4 Mitglieder; bestehend aus: nur Ratsherren:

CDU	Sartori
"	Nolte
SPD	Frau Hinz
"	Book

Schlichtungsstelle:

3 Mitglieder, bestehend aus:

1 Vorsitzenden:

CDU Dr. Lindemuth

2 Beisitzern:

Gärtner Vertreter: Seifert

Heidemann Vertreter: Hans Stolte

Schlichtungsstelle:

3 Mitglieder, bestehend aus:

1 Vorsitzenden:

SPD Paul Stech

2 Beisitzern:

Friedrichsen Vertreter: Hammer

Thomas Hansen Vertreter: Frau Franke

Unterausschuß: Bezirksstelle Friedrichsort:

4 Mitglieder, bestehend aus: Ratsherren oder bürg.Mitgl.:

CDU	Schmuck
"	Richter
SPD	Willi Petersen
"	Hans Thaday

Unterausschuß: Bezirksstelle Holtenau:

4 Mitglieder, bestehend aus Ratsherren oder bürg.Mitgl.:

CDU	Sager
"	Dr. Günther
SPD	Jöhnk
"	Frau Zirkwitz

Unterausschuß: Bezirksstelle Neumühlen-Dietrichsdorf:

4 Mitglieder, bestehend aus Ratsherren oder bürg.Mitgl.:

CDU	Habeck
"	Köhler
SPD	Adolf Schröder
"	Frau Schrank

Unterausschuß: Bezirksstelle Elmschenhagen:

4 Mitglieder, bestehend aus Ratsherren oder bürg.Mitgl.:

CDU	Nolte
"	Zinke
SPD	Helmut Stoffers
"	Gerhard Thara

Bewirtschaftungsausschuß:

8 Mitglieder, bestehend aus:

4 Ratsherren:

CDU	Schweim
"	Lüthje
SPD	Emil Kletscher
"	Karl Graber

4 bürg.Mitgl.:

CDU	Hacker
"	Hill
SPD	Book
"	Hans Lythje

Ratsherr Kletscher nimmt als Vorsitzender des Bewirtschaftungsausschusses an den Sitzungen der Kämmererei stimmberechtigt teil.

S t a d t K i e l
Der Oberbürgermeister

Kiel, den 2. Dezember 1948

Zu Drucksache 17

Betrifft: Umbesetzung eines Ausschusses.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zur Umbesetzung folgenden Ausschusses:

Hauptausschuß für Ordnungswesen

Ausgeschieden:

Neu:

bürgerl. Mitglied:

Herr v. Seydlitz SPD

Herr August B ä h r SPD

G a y k
Oberbürgermeister

Kiel, den 3. Dezember 1948

Drucksache 20

Dringlichkeitsvorlage

Gemäß § 3 der Geschäftsordnung für die Sitzung der Stadtvertretung beantrage ich, daß der nachfolgende Punkt auf die Tagesordnung der für Sonnabend, d. 4. Dezember, angesetzten Sitzung der Stadtvertretung gesetzt wird, und daß die Stadtvertretung beschließt, daß der Fall als Dringlichkeitsantrag gilt.

Bekanntlich hat bedauerlicherweise das Wohnungsamt wiederholt Wohnraum leerstehen lassen, der dem Minister Arp angeboten war. Die Stadt lehnt in einem Falle ab, dem Grundeigentümer den Mietausfall zu ersetzen. Klage des Vermieters gegen die Stadtverwaltung läuft. Die Stadtverwaltung ist dreimal vom Landgericht aufgefordert worden, die Akten des Wohnungsamtes in dieser Sache abzugeben, damit das Gericht über den Anspruch des Grundeigentümers endlich entscheiden kann. Das ist bis zur Stunde nicht geschehen.

Ich beantrage, die Stadtvertretung wolle beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird angewiesen, dem Gericht die Akten zur Verfügung zu stellen.
2. Wenn durch Verschulden der Wohnungsbehörde Wohnraum nicht vergeben wird, hat die Stadt dem Hauseigentümer den Mietausfall zu ersetzen.

H a r t m a n n

Verbandsdirektor

Kiel, den 4. Dezember 1948

Drucksache 19

Betrifft: Ergebnis der Vorprüfung des von der Stadtvertretung nach § 76 der Wahlordnung bestellten Ausschusses über die Gültigkeit der Wahl am 24.10.1948.

Berichterstatter: Ratsherr Thiede.

Antrag: Der von der Stadtvertretung gewählte Ausschuß hat in seiner Sitzung am 29. November 1948 die gegen die Wahl am 24.10.48 erhobenen Einsprüche und die Gültigkeit der Wahl vorgeprüft.

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung schlägt der Ausschuß der Stadtvertretung folgenden Beschluß vor:

- 1) Die Wahl im Wahlbezirk 22 (Holtenau) wird für ungültig erklärt und eine Wiederholungswahl angeordnet.
- 2) Der Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl im Wahlbezirk 7 wird zurückgewiesen und das Wahlergebnis im Wahlbezirk 7 für gültig erklärt.
- 3) Die Wahl in den übrigen Wahlbezirken wird für gültig erklärt.

Begründung:

Zu 1)

Der Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl im Wahlbezirk 22 ist fristgerecht gem. § 30 WG. erhoben worden.

Durch die Vorprüfung ist festgestellt worden, daß bei der Wahlhandlung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, Diese Unregelmäßigkeiten bestanden darin, daß

- a) der Wahlvorstand im Wahlbezirk 22 (St.Bez.114) entgegen der Anordnung der WO. (§48 Abs. 1 und § 59 Abs.2) nicht in Gegenwart des Wählers den abgetrennten Stimmzettel auf der Rückseite mit einem Stempelabdruck versehen, sondern mehrere Stimmzettelblocks vorher durchgestempelt hat, um den Wahlvorgang zu beschleunigen.

Auf diese Weise ist es möglich gewesen, daß ein Stimmzettel nicht den vorgeschriebenen Stempelabdruck erhielt und daß somit dieser Stimmzettel, der ordnungsgemäß für den SPD-Kandidaten angekreuzt war, wegen des Fehlens des Stempels lt. § 66 der Wahlordnung Abs. 1 nicht für gültig anerkannt werden konnte.

Wäre der Stimmzettelblock nicht durchgestempelt gewesen, sondern in Gegenwart des Wählers abgestempelt worden, so wäre dieser Fehler nicht aufgetreten und der Stimmzettel gültig gewesen. Das Wahlergebnis hätte dann Stimmgleichheit zwischen dem SPD- und dem CDU-Kandidaten ergeben. Gemäß § 31 WG., Ziff.2, ist daher die Wahl für ungültig zu erklären und nach § 34 WG. eine Wiederholungswahl durchzuführen.

- b) Durch die Vorprüfung ist entsprechend dem Wahlprotokoll festgestellt, daß im Stimmbezirk 114 938 Stimmzettel ausgegeben worden sind. Die Zahl der Abstimmungsvermerke einschl. der abgegebenen Wahlscheine beträgt jedoch nur 935. Diese Differenz ist nur da-

durch

durch zu erklären, daß an einen oder mehrere Wähler mehrere Stimmzettel ausgegeben wurden. Bei der geringen Stimmendifferenz zwischen dem SPD- und dem CDU-Kandidaten ist diese Unregelmäßigkeit bei der Wahlhandlung von Einfluß auf das endgültige Wahlergebnis gewesen.

- c) Im Stimmbezirk 115 beträgt die Zahl der Abstimmungsvermerke einschl. der abgegebenen Wahlscheine lt. Wahlprotokoll 984. Nachweislich sind jedoch nur 981 Stimmzettel ausgegeben worden. Da vom Wahlvorstand nicht die Zahl der Abstimmungsvermerke, sondern nur die umgelegten Karten gezählt worden sind, muß angenommen werden, daß 3 Karten ohne Abstimmungsvermerk versehentlich zuviel umgelegt worden sind. Es besteht daher die Möglichkeit, daß 3 Wähler, deren Karten versehentlich umgelegt worden sind, vom Wahlvorstand von der Wahl zurückgewiesen wurden. Auch diese Möglichkeit muß gemäß § 31 Ziff. 2 WG. als eine Unregelmäßigkeit angesehen werden, die auf das Wahlergebnis von Einfluß gewesen sein kann.

Zu 2)

Der Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl im Wahlbezirk VII behauptet, daß die Entnazifizierungsbehörde die noch nicht endgültig kategorisierten Personen nicht rechtzeitig vor der Wahl eingestuft hat, damit ihnen noch ein Wahlschein ausgestellt werden konnte. Der Einspruch ließ jedoch nicht erkennen, ob, soweit überhaupt eine Unregelmäßigkeit angenommen wird, diese von Einfluß auf das Wahlergebnis gewesen sein könnte. Der Vorprüfungsausschuß hat das Vorliegen einer Unregelmäßigkeit verneint.

Zu 3)

Gegen das Wahlergebnis in den übrigen Wahlbezirken liegen keine Beanstandungen vor, so daß in diesen Fällen die Gültigkeit der Wahl von Amtswegen vorgeschlagen wird.

T h i e d e
Ratsherr

Anwesenheitsliste

4. 12. 1948

Sitzung der Stadtvertretung vom:

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
1.	Book	<i>Book</i>
2.	Brauer	<i>Brauer</i>
3.	Breitenstein	<i>Breitenstein</i>
4.	Fischer	<i>Fischer</i>
5.	Gayk	<i>Gayk</i>
6.	Graber	<i>Graber</i>
7.	Hartmann,	<i>Hartmann</i>
8.	Hell, Dr.	<i>Hell</i>
9.	Henningsen	<i>Henningsen</i>
10.	Hinz	<i>Hinz</i>
11.	Jeschke, Dr.	<i>Jeschke</i>
12.	Köchling	<i>Köchling</i>
13.	Köller, von	<i>Köller</i>
14.	Kühl	<i>Kühl</i>
15.	Kletscher	<i>Kletscher</i>
16.	Köster	<i>Köster</i>
17.	Kowalewsky	<i>Kowalewsky</i>
18.	Kuhn	<i>Kuhn</i>
19.	Langbehn	<i>Langbehn</i>
20.	Lindemuth, Dr.	<i>Lindemuth</i>
21.	Lüdemann	<i>Lüdemann</i>
22.	Lütgens	<i>Lütgens</i>
23.	Lüthje	<i>Lüthje</i>
24.	Marth	<i>Marth</i>
25.	Müller	<i>Müller</i>

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
26.	Nolte	<i>Nolte</i>
27.	Pfeffer	<i>Pfeffer</i>
28.	Rasmuss, Dr.	<i>Rasmuss</i>
29.	Sager	<i>Sager</i>
30.	Sartori	<i>Sartori</i>
31.	Schaefer, Dr.	<i>Schaefer</i>
32.	Schatz	<i>Schatz</i>
33.	Schmidt	<i>Schmidt</i>
34.	Schmuck	<i>Schmuck</i>
35.	Schröder	<i>Schröder</i>
36.	Schubert	<i>Schubert</i>
37.	Schweim	<i>Schweim</i>
38.	Sievers	<i>Sievers</i>
39.	Stade	<i>Stade</i>
40.	Stech	<i>Stech</i>
41.	Thiede	<i>Thiede</i>
42.	Wegener	<i>Wegener</i>
43.	Willmeit	<i>Willmeit</i>
44.	Wüstenberg	<i>Wüstenberg</i>

N i e d e r s c h r i f t

Über die Sitzung der Stadtvertretung, Sonnabend, d.4.12.1948,
Rathaus, Ratssaal.

- - -

Beginn: 15.15 Uhr

Ende: 16.45 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Gayk, Bürgermeister Dr. Jeschke.

Stadträte: Hartmann, Dr. Hell, Köster,
Kowalewsky, Lüthje, Sartori, Dr.
Schaefer, Schatz, Schubert.

Ratsherren: Book, Brauer, Breitenstein, Fischer,
Graber, Henningsen, Frau Hinz, Köch-
ling, v. Köller, Frau Kühl, Kletscher,
Kuhn, Langbehn, Dr. Lindemuth, Lüde-
mann, Lütgens, Marth, Müller, Nolte,
Pfeffer, Dr. Rasmuss, Sager, Schmidt,
Schmuck, Schröder, Schweim, Sievers,
Stade, Stech, Thiede, Wegener,
Willumeit.

Es fehlt entschuldigt: Stadtrat Wüstenberg.

Die Stadtverwaltung ist vertreten durch: Ober-
stadtdirektor Lehmkühl, Stadtdirektor
Fischer, Stadtkämmerer Dr. Fuchs,
Oberverwaltungsräte: Böttcher, Koeppen,
Puls, Frau Stadtschulrätin Jensen,
Verwaltungsrat Borchert, Referent
Materne.

Die Mil.Reg. ist vertreten durch: Kreis Resident
Officer Thompson.

Vorsitzender: Oberbürgermeister G a y k

Schriftführer: Stadtinspektor Knuth.

- - -

Geschäftliche Mitteilungen:

a) Gebäudeschäden durch Bombensprengung in Gaarden.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r gibt bekannt, daß bei Aufräumarbeiten in Gaarden am 1.12.1948 eine 250 kg Bombe gefunden wurde, die in einem Bunker in der Nähe des Fundortes gesprengt worden ist. Durch den Explosionsdruck sind an Gebäuden der anliegenden Straßen Schäden an Dächern und Fenstern entstanden. Es kann den betroffenen Bevölkerungskreisen nicht zugemutet werden, daß sie die Kosten für die Beseitigung dieser Schäden selbst tragen. Bei der Landesregierung ist deshalb beantragt worden, diese Kosten aus Landesmitteln zu bezahlen. Die Landesregierung hat sich dazu bereit erklärt und angeordnet, daß Schadensersatzanträge an das Ministerium des Innern einzureichen sind. Oberbürgermeister ist der Ansicht, daß diese Anträge über die Stadtverwaltung eingereicht werden müßten.

In der Aussprache wird festgestellt, daß die Schäden inzwischen beseitigt werden konnten.

- Kenntnis genommen -

b)

b) Vorsitzende der Hauptausschüsse

O b e r b ü r g e r m e i s t e r gibt bekannt, daß folgende Ratsherren zu Vorsitzenden der Hauptausschüsse und damit zu Stadträten gewählt worden sind:

Hauptausschuß für Personalfragen:	Stadtrat Hermann Hartmann	CDU
" " Wirtschaft und	" Hermann Lüthje	CDU
" " Verkehr:	"	
" " Ordnungsangelegenheiten	" Günther Schubert	CDU
" " Schule u. Kultur	Stadträtin Dr. Hilde Schaefer	SPD
" " Soziale Verwaltung und Flüchtlingsfragen.	Stadtrat Walter Kowalewsky	SPD
" " Gesundheitswesen	" Dr. Ferdinand Hell	CDU
" " Stadtplanung und Bauwesen	" Karl Wistenberg	SPD
" " Wohnungswesen	" Herbert Sartori	CDU
" " Städt. Betriebe	" Hermann Köster	SPD
" " Finanzausschuß	" Gustav Schatz	SPD

- Kenntnis genommen -

c) Werftgelände auf dem Ostufer

O b e r b ü r g e r m e i s t e r verliest folgenden Dringlichkeitsantrag der beiden Fraktionen:

"Ist der Oberbürgermeister bereit, über den Stand der Verhandlungen über das Ostufer Auskunft zu geben?"

Ratsherr S c h m i d t erklärt dazu, daß im Zusammenhang mit der von der Militärregierung angeordneten Sprengung der TVA in Eckernförde in den Kreisen der Kieler Bevölkerung Beunruhigungen über das Schicksal des Werftgeländes auf dem Kieler Ostufer entstanden sind. Um über den Stand der Besprechungen über das Ostufer unterrichtet zu werden, ist der Oberbürgermeister um einen Bericht gebeten worden.

Oberbürgermeister erklärt sich einverstanden, einen solchen Bericht zu geben.

Beschluß: Die Stadtvertretung erkennt einstimmig die Dringlichkeit an. Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Bericht am Schluß der Sitzung zu geben.

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 22. November 1948.

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 22. November 1948 sind keine Bedenken erhoben worden.

2. Betrifft: Besetzung der städtischen Fach- und Unterausschüsse.

Berichterstatter: Oberbürgermeister - Drs. 18 -

Antrag: Die Wahl der Mitglieder der Ausschüsse vorzunehmen, und zwar:

Unterausschuß für Hafen und Verkehr:

6 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU ✓Herbert Sartori

SPD ✓Emil Willumeit

4 bürg.Mitgl.:

CDU ✓Kurt Ivers

" ✓Köllner

SPD ✓Hans Lythje

" ✓Emil Bendtfeldt

Fachausschuß für Theater:

6 Mitglieder, bestehend nur aus Ratsherren

CDU ✓Hermann Hartmann

" ✓Frau Kühl

" ✓Walter Breitenstein

SPD ✓Dr. Schaefer

" ✓Max Schmidt

" ✓Richard Thiede

Unterausschuß für Sport und Spiel:

8 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU ✓Günter Pfeffer

SPD ✓Detlef Sievers

6 bürg.Mitgl.:

CDU ✓Paul Theede

" ✓Spangenberg

"

SPD ✓Erich Paulsen

" ✓Ernst Ehnsen

" ✓Otto Jahn

Fachausschuß für allgemeine Fürsorge:

6 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU ✓Frau Schröder

SPD ✓Walter Kowalewsky

4 bürg.Mitgl.:

1 Vertreter der Inneren Mission: Ebsen

1 " des Charitas-Verbandes: Falsett

1 " der Arbeiterwohlfahrt: Cäsar Rosenbrook

1 " des Reichsbundes der
Hinterbliebenen und
Körperbeschädigten: Schmiedemann

Flüchtlingsausschuß:

11 Mitglieder, bestehend aus:

5 Beisitzern: (Ratsherren oder Mitglieder des
Hauptausschusses)

CDU	✓ Fr. v. Köller
"	✓ Frau Brauer
"	✓ Paul Gäbler
SPD	✓ Paul Stech
"	✓ Hermann Marth

6 Flüchtlingsvertretern:

✓ Franz Schneider
✓ Paul Rietz
✓ Bernhard Gehrman
✓ Gertrud Ollmann
✓ Hans Thaday
✓ Fritz Kuhn

Kreissonderhilfsausschuß:

3 Mitglieder, bestehend aus:

1 Vorsitzenden:

✓ Meyer-Grieben

2 Besitzern:

✓ Dr. Karl Lindemuth
✓ Hermann Marth

✓ Für Ratsherrn Marth Vertreter: Adolf Drobe.

Beirat für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene:

10 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU	✓ Günter Pfeffer
SPD	✓ Paul Stech

8 bürg. Mitgl.:

Vertreter der Kriegsbeschädigten:

1 Kriegsbeschädigter aus dem Weltkrieg 1914/18:

✓ Paul Gäbler (CDU) - ✓ Otto Steller (SPD)

1 Kriegsbeschädigter aus dem Weltkrieg 1939/45:

✓ Wichert

1 Kriegshinterbliebene aus dem Weltkrieg 1914/18:

✓ Frau Stolze

1 Kriegshinterbliebene aus dem Weltkrieg 1939/45:

✓ Frau Jeschke.

1 Vertreter der Unternehmer:	✓ Ulbrich
1 " " Arbeitnehmer:	✓ Adolf Drobe

2 auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge	
erfahrene Persönlichkeiten	✓ Walter Ronnebeck
	✓ PAUL GÄBLER

Fachausschuß für Jugendwohlfahrt:

8 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU ✓ Frau Kühl
SPD ✓ Günter Lütgens

6 bürg.Mitgl.:

1 Vertreter der evang.Kirche: ✓ Kraft
1 " " kathol.Kirche: ✓ Richter
1 Mitglied des Kieler Verbandes
für Leibesübungen: ✓ Kurt Luckau
1 Vertreter anderer Jugendverbände: Herrn Thurow
1 " der weibl. Jugendpflege: ✓ Frä. Annamarie
Koch
1 " der Arbeiterwohlfahrt: ✓ Frau Magda Jung.

Unterausschuß für Gemeinschaftslager:

6 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU ✓ Frau Brauer
SPD ✓ Walter Kowalewsky

4 bürg.Mitgl.:

3 Vertreter aus den Reihen der
Flüchtlingslagerinsassen:
1 Vertreter aus den Reihen der
Bauarbeiterlagerinsassen:
✓ Frau Lindenau
✓ Riedel
✓ Schacht, Lager Drachensee
✓ Schönrock, Lager Kollhorst

Unterausschuß für die Genehmigung von Jugendgruppen:

✓ Ratsherr Köster ✓ Paulsen (Sportjugend)
✓ Kraft (f.d.evang.Jgd) ✓ Albert (Sportjugend)
✓ van Vugt (f.d.kathol.Jgd) ✓ Vollmer (weibl.Jugend)
✓ Falk ("Falken") ✓ Krämer (Amtsgericht)
✓ Motzner (D.D.J) ✓ Dr.Eylks (Arbeitsamt)
✓ Verdieck (Gewerksch.Jgd) ✓ Rektor Sievers (Lehrervertr!)

Fachausschuß für Bauleitung:

8 Mitglieder, bestehend aus:

4 Ratsherren:

CDU ✓ Wegener
" ✓ Sager
SPD ✓ Wüstenberg
" ✓ Lüdemann

4 bürg.Mitgl.:

CDU ✓ Ohle
" ✓ Stoffers sen.
SPD ✓ Hans Schlotfeldt
" ✓ Kluth.

Fachausschuß für Hochbau:

4 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU ✓ Sager
SPD ✓ Kuhn

2 bürg.Mitgl.:

CDU ✓ Hävernick
SPD ✓ Ludwig Schmidt

Fachausschuß für Tiefbau:

4 Mitglieder, bestehend aus:

2 Ratsherren:

CDU ✓ Georg Nolte
SPD ✓ Emil Kletscher

2 bürglMitgl.:

CDU ✓ Bürklen
SPD ✓ Wahls

Fachausschuß für Grundstücksverwaltung:

8 Mitglieder, bestehend aus:

4 Ratsherren:

CDU ✓ Schwein
" ✓ Wegener
SPD ✓ Schatz
" ✓ Graber

4 bürg.Mitgl.:

CDU ✓ Knörzner
" ✓ Reinke
SPD ✓ Adolf Pörschke
" ✓ Otto Behrens

Kleingartenausschuß:

✓ Ratsherr Lüdemann (SPD)
✓ Ratsherr *Nolte* (CDU)
✓ Goldmann (Vertreter der Kleingärtner)
✓ Rethwisch (" " ")
✓ Wörpel (" " Bauern)

Hauptausschuß für Wohnungsfragen:

Der Hauptausschuß wird auf 10 Mitglieder erhöht, da in dem Hauptausschuß nach dem Flüchtlingsnotgesetz 1 Vertreter aus den Reihen der Flüchtlinge sein muß.

6 Ratsherren:

CDU ✓ Sartori
" ✓ Nolte
" ✓ Frau Brauer
SPD ✓ Frau Hinz
" ✓ Book
" ✓ Kuhn

4 bürg. Mitgl.:

CDU	✓Gärtner
"	✓Friedrichsen
SPD	✓Langbehn
"	✓Thomas Hansen

Vergabekommission:

4 Mitglieder, bestehend aus: nur Ratsherren:

CDU	✓Sartori
"	✓Nolte
SPD	✓Frau Hinz
"	✓Book

Schlichtungsstelle:

3 Mitglieder, bestehend aus:

1 Vorsitzenden:

CDU ✓Dr. Lindemuth

2 Beisitzern:

✓Gärtner	Vertreter: Seifert
✓Heidemann	Vertreter: Hans Solte

Schlichtungsstelle:

3 Mitglieder, bestehend aus:

1 Vorsitzenden:

SPD ✓Paul Stech

2 Beisitzern:

✓Friedrichsen	Vertreter: Hammer
✓Thomas Hansen	Vertreter: Frau Franke

Unterausschuß: Bezirksstelle Friedrichsort:

4 Mitglieder, bestehend aus: Ratsherren oder bürg. Mitgl.:

CDU	✓Schmuck
"	✓Richter
SPD	✓Willi Petersen
"	✓Hans Thaday

Unterausschuß: Bezirksstelle Holtenu:

4 Mitglieder, bestehend aus Ratsherren oder bürg. Mitgl.:

CDU	✓Sager
"	✓Dr. Günther
SPD	✓Jöhnk <small>WILLY GRIMM</small>
"	✓Frau Zirkwitz <small>PAUL SEIDLER</small>

Unterausschuß: Bezirksstelle Neumühlen-Dietrichsdorf:

4 Mitglieder, bestehend aus Ratsherren oder bürg. Mitgl.:

CDU	✓ Habeck
"	✓ Köhler
SPD	✓ Adolf Schröder
"	✓ Frau Schrank

Unterausschuß: Bezirksstelle Elmsenhagen:

4 Mitglieder, bestehend aus Ratsherren oder bürg. Mitgl.:

CDU	✓ Nolte
"	✓ Zinke
SPD	✓ Helmut Stoffers
"	✓ Gerhard Thara

Bewirtschaftungsausschuß:

8 Mitglieder, bestehend aus:

4 Ratsherren:

CDU	✓ Schweim
"	✓ Lüthje
SPD	✓ Emil Kletscher
"	✓ Karl Graber

4 bürg. Mitgl.:

CDU	✓ Hacker
"	✓ Hill
SPD	✓ Book
"	✓ Hans Lythje

Ratsherr Kletscher nimmt als Vorsitzender des Bewirtschaftungsausschusses an den Sitzungen der Kämmerei stimmberechtigt teil.

Für den Unterausschuß für Sport und Spiel wird das 3. bürgerliche Mitglied von der CDU noch benannt.

Beschluß: Nach Antrag. Außerdem werden gewählt:

In den Beirat für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene als Vertreter der Kriegsbeschädigten aus dem Weltkrieg 1914/18 Otto Steller, und als 2. auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge erfahrene Persönlichkeit Paul Gäbler. ✓

In den Kleingartenausschuß Ratsherr Nolte. ✓

In den Unterausschuß Bezirksstelle Holtenua anstelle der vorgeschlagenen bürgerlichen Mitglieder Jöhnk und Frau Zirkwitz die bürgerlichen Mitglieder Willi Grimm und Paul Seidler. ✓

3. Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen. - Drs. 17 -

Berichterstätter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung, daß folgende Ausschüsse umbesetzt werden:

Entnazifizierungsausschuß I

ausgeschieden:

✓ Herr Schmucker

neu:

✓ Ratsherr v. Köller, Holtenuaer
Str. 59a
CDU

Hauptausschuß für Ordnungswesen

ausgeschieden:

neu:

Jbürg. Mitgl. Herr v. Seydlitz SPD JHerr August Bähr SPD

Beschluß: Nach Antrag.

4. Betrifft: Ergebnis der Vorprüfung des von der Stadtvertretung nach § 76 der Wahlordnung bestellten Ausschusses über die Gültigkeit der Wahl am 24.10.1948. - Drs. 19 -

Berichterstatter: Ratsherr Thiede.

Antrag: Der von der Stadtvertretung gewählte Ausschuß hat in seiner Sitzung am 29. November 1948 die gegen die Wahl am 24.10.1948 erhobenen Einsprüche und die Gültigkeit der Wahl vorgeprüft.

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung schlägt der Ausschuß der Stadtvertretung folgenden Beschluß vor:

- 1) Die Wahl im Wahlbezirk 22 (Holtenu) wird für ungültig erklärt und eine Wiederholungswahl angeordnet.
- 2) Der Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl im Wahlbezirk 7 wird zurückgewiesen und das Wahlergebnis im Wahlbezirk 7 für gültig erklärt.
- 3) Die Wahl in den übrigen Wahlbezirken wird für gültig erklärt.

Ratsherr Thiede erläutert die Vorlage.

Ratsherr Dr. Rasmuss bittet, die Sitzung zu vertagen, weil die Fraktion der CDU das Material zur Prüfung der Einsprüche verspätet erhalten habe. Es soll zunächst noch eine interfraktionelle Besprechung abgehalten werden.

Ratsherr Schmidt bedauert, daß die Vorlage nicht sofort verabschiedet werden kann, erklärt sich aber mit dem Vorschlag von Dr. Rasmuss einverstanden.

Ratsherr Köchling erklärt, daß er als Mitglied des Wahlprüfungsausschusses an der Sitzung nicht teilnehmen können, weil ihm die Einladung verspätet zugegangen ist und bittet, künftig rechtzeitig zu den Sitzungen einzuladen.

Auf die Frage des Oberbürgermeisters, ob sich der Antrag, die Sitzung zu vertagen, auch auf den Punkt 3 des Antrages der Vorlage bezieht, erklärt Dr. Rasmuss, daß keine Bedenken bestehen, über diesen Punkt zu beschließen.

Beschluß: Die Beschlußfassung zu Ziffer 1 und 2 des Antrages wird ausgesetzt zur Fortsetzung der Beratung in der nächsten Sitzung. Die Wahl in den übrigen Bezirken wird für gültig erklärt.

5. Betrifft: Änderung des Bewirtschaftungsplanes für Baumittel. - Drs.4-
Berichterstatter: Oberbürgermeister
Antrag: Die durch den Oberbürgermeister am 8. und 16.11.1948
auf Grund des § 54 II DGO. getroffenen Entscheidungen
zu genehmigen, durch die der Bewirtschaftungsplan für
Baumittel wie folgt geändert worden ist:

Mittel für die Beseitigung von Kriegsschäden

Haushaltsstelle	Bezeichnung	bish. Ansatz DM	Neuer Ansatz DM	Mehr- betrag DM
<u>673</u>				
9801 (0010)	Rathaus, II. Bauabschnitt	151.000	157.000	6.000
9811 (21)	Schule Wiener-Allee (Elmschenhagen)	74.800	88.800	14.000
9838 (522)	Wiederaufbau der Garage mit Dienstwohnung Desinfektionsanstalt	-	16.000	16.000
9847 (7101)	Strassenreinigungs-Anst. Eckernförder Allee 84	9.900	18.900	9.000
9869 (712)	Feuerwache Süd, Prüne	-	3.200	3.200
9873 (713)	Volksbad Turnstraße	6.000	11.000	5.000
<u>674</u>				
983 (921)	Volkshaus Gaarden	87.500	100.500	13.000
<u>676</u>				
981 (7104)	Beseitigung von Kriegs- schäden an den Kanali- sationsanlagen	75.000	105.000	30.000
<u>677</u>				
988 (84)	Schuppen Ost	18.000	40.000	22.000
9810 (84)	Zollschuppen H.	3.000	10.000	7.000
9811 (84)	Zollniederlage Wall 57	11.000	18.000	7.000
				Sa. 132.200

Hiervon sind 126.200,- DM wie folgt einzusparen:

Haushaltsstelle	Bezeichnung	bish. Ansatz DM	neuer- Ansatz DM	Ein- sparung DM
<u>673</u>				
9812 (21)	Schule Booksberg 26	16.000	2.000	14.000
9815 (21)	Schule Speckenbeker Weg	11.300	10.300	1.000
9840 (5260)	Städt. Krankenanstalt Kochhaus	80.000	50.000	30.000
9841 (5260)	desgl. Haus V	94.000	83.000	11.000
9844 (5520)	Seebad Düsternbrook	47.300	42.300	5.000
9854 (7103)	Bedürfnisanst. am Wall (Seegarten)	10.000	-	10.000
9857 (7103)	desgl. Rathausplatz	3.000	-	3.000
9861 (7112)	Seegrenzschlachthof	61.700	51.700	10.000

674

<u>674</u>				
981 (920)	Schweinemastanlage Grasweg	4.000	-	4.000
989 (921)	Miethäuser des Grundstücksantes	862.200	859.000	3.200
<u>675</u>				
985 (7140)	Grünanlagen - Stadtgartenwesen -	116.000	106.000	10.000
<u>677</u>				
9821 (84)	Kaianlagen und Brücken	662.000	642.000	20.000
<u>678</u>				
9835 (84)	Silo Nordhafen	200.800	195.800	5.000
				Sa. 126.200

Mittel für bauliche Maßnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt - außer Kriegsschädenbeseitigung -

Haushaltsstelle	Bezeichnung	bish. Ansatz DM	neuer Ansatz DM	Mehrbetrag DM
V 7104/128 RV	Schmutzwasserkanalisation Achterkamp	25.000	37.000	12.000
862/901	Ausbau der ehemaligen Eichhofkaserne	-	7.200	7.200
				Sa. 19.200
Es sind einzusparen:				Einsparung
452/800	Rentnerheime und sonst. Sozialeinrichtungen, Unterhaltung d Gebäude	4.000	-	4.000
921/800	Desgl. Miethäuser des Grundstücksantes	6.200	5.000	1.200
921/902 RV	Ausbau d. ehem. Eichhof-Kas.	2.000	-	2.000
				Sa. 7.200

Beschluß: Nach Antrag.

6. Betrifft: Vergebung von Hochbauarbeiten, - Drs. 7 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Folgende Entscheidungen, die nach § 54 I und II DGO vom Oberbürgermeister und einem weiteren Gemeinderat getroffen worden sind, werden genehmigt:

1. Städt. Krankenanstalten, Wiederaufbau des Kochhauses
 - a) Aufräumung, Abbruch, Erd- und Maurerarbeiten
Fa. Reimer & Schmidt, Kiel, Auftragssumme: 39.074,45 DM
 - b) Eisenbeton-Arbeiten
Fa. Friedrich Helbig, Kiel, Auftragssumme 17.965,35 DM
 - c) Zimmererarbeiten
Fa. W. Eichmann, Kiel, Auftragssumme: 16.580,65 DM
2. Herrichtung einer Kraftfahrzeughalle auf dem Gelände der Straßenreinigungsanstalt, Eckernf.

- Allee
Fa. Jacob Berg, Kiel Auftragssumme: 34.341,40 DM
3. Getreidesilo Nordhafen - Ausbau des
Daches - Maurerarbeiten
Fa. H. Bracker, Kiel Auftragssumme: 51.990,30 DM
4. Wiederaufbau des Rathauses
Tischlerarbeiten für den
Mittelbau - Vorderfront -
Fa. Jacob Berg, Kiel Auftragssumme: 7.315,-- DM

Beschluß: Nach Antrag.

7. Betrifft: Baugesuch Max Mews, Kiel-Gaarden, Schulstr. 14 - Drs. 8 -
Berichterstatter: Oberbürgermeister.
Antrag: Die von dem Oberbürgermeister gem. § 54 II DGO am
16.11.1948 getroffene Entscheidung zu genehmigen,
dem Bauantrage zu entsprechen.

Beschluß: Nach Antrag.

8. Betrifft: Außerplanmäßige Ausgabe in Reichsmark zur Abdeckung
des Vorschußkontos III G. - Drs. 10 -
Berichterstatter: Oberbürgermeister.
Antrag: Bei Haushaltsstelle 620/903 Ord. 1948
- Zur Abdeckung des Vorschußkontos III G -
23.435,-- Reichsmark bereitzustellen.

Beschluß: Nach Antrag.

9. Betrifft: Genehmigung von Entscheidungen nach § 54 I und II DGO.
Berichterstatter: Oberbürgermeister - Drs. 9 -
Antrag: Folgende Entscheidungen, die nach § 54 I und II DGO. vom
Oberbürgermeister und einem weiteren Ratsherrn getroffen
worden sind, werden genehmigt:

a) Bereitstellung von

1. 7.200,-- RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle
671/70 - Steuern -
2. 61.550,-- RM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle
671/6 - Zahlungen für Vorjahre -

unter Entnahme aus der Haushaltsstelle 98/791 - Vorbehaltsmittel-

- b) Bereitstellung von 67.750,-- RM bei der neu einzurichtenden Haus-
haltsstelle 82/6 - Zahlungen für Vorjahre - unter Entnahme aus der
Haushaltsstelle 98/791 - Vorbehaltsmittel -
- c) Bereitstellung von 533,95 RM bei der neu einzurichtenden Haus-
haltsstelle 024/76 - Zahlungen für Vorjahre - unter Entnahme
aus Vorbehaltsmitteln aus Haushaltsstelle 98/791.
- d) Bereitstellung von 15.000,-- DM bei der neu einzurichtenden Haus-
haltsstelle 712/971 - Beschaffung eines Krankenwagens -.
- e) Bereitstellung von 15.850,-- DM für die Nutzbarmachung des La-
gers Russee bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 453/904
- Instandsetzungskosten des Lagers Russee.-

Beschluß: Nach Antrag.

10. Betrifft: Beschlußverfahren. - Drs. 12 -
Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: I. Zustimmung:

- a) zur Bildung eines Ausschusses für Beschlußsachen, bestehend aus 4 Ratsherren und 4 bürgerlichen Mitgliedern,
- b) daß der Ausschuss für Beschlußsachen gleichzeitig als Beschwerdeausschuss für "Baulenkung" gilt,
- c) daß der Vorsitzende des Beschlußausschusses bzw. sein Stellvertreter Vorsitzender der Kleingarten-spruchsstelle ist.

II. Wahl der Ausschussmitglieder, von denen der Vorsitzende und sein Stellvertreter die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst haben sollen.

Beschluß: Nach Antrag. Es werden gewählt: Stadtrat Hartmann, Ratsherren: Schmuck, Lüdemann, Müller. Als bürgerliche Mitglieder: Fischer, Andresen, Rannow, Ganss.

haben nicht

11. Betrifft: Aufhebung eines Teiles der Hafengasse. - Drs. 11 -
Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Den zwischen Sophienblatt und Auguste-Viktoria-Straße liegenden Teil der Hafengasse als öffentliche Straße aufzuheben.

Beschluß: Nach Antrag.

Dringlichkeitsvorlage des Stadtrats Hartmann.

Stadtrat Hartmann bittet, über die von ihm eingebrachte Dringlichkeitsvorlage zu beschließen.

Oberbürgermeister erklärt, daß es bisher allgemein üblich gewesen ist, Entscheidungen von finanziellen Auswirkungen zunächst in der Kämmererei zu beraten. Oberbürgermeister verliest anschließend den § 25 der DGO. und ist der Ansicht, daß der Abs. I, 2 im vorliegenden Falle anzuwenden ist. Danach darf ein Einwohner in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit nicht bei Angelegenheiten beratend oder entscheidend mitwirken, wenn er gegen Entgelt bei jemandem beschäftigt ist, der an der Erledigung der Angelegenheit ein persönliches oder wirtschaftliches Sonderinteresse hat.

Über die Dringlichkeit der Vorlage wird abgestimmt.

Beschluß: Die Dringlichkeit wird mit 20 gegen 18 Stimmen verneint.

Zur Frage des Stadtrats Hartmann, ob der Antrag zur nächsten Sitzung als Vorlage eingebracht werden kann, erklärt Oberbürgermeister, daß dagegen keine Bedenken bestehen.

Stadtrat Hartmann erklärt, den Antrag nicht in seiner Eigenschaft als Verbandsdirektor, sondern als Ratsherr eingebracht zu haben und bittet, die Berufsbezeichnung "Verbandsdirektor" zu streichen.

Vortrag des Oberbürgermeisters über das Ostufer

Oberbürgermeister führt aus, daß im Zusammenhang mit der von der Mil.Regierung angeordneten Sprengung der TVA in Eckernförde in der Kieler Bevölkerung verständliche Beunruhigungen über das Schicksal des Kieler Ostufers entstanden sind. Die Stadtführung hat sich bisher weitgehendst bemüht, daß das Werftgelände des Ostufers für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Stadt erhalten bleibt. Die Mil.Regierung hat angeordnet, daß Kriegspotential zu zerstören ist und sieht das Werftgelände als solches an. Den Bemühungen der Landesregierung und der Stadtführung ist es Dank der Einsicht des damaligen Militärbefehlshabers gelungen, den Plan zur Zerstörung noch hinauszustellen. Wesentliche Ansätze für den Wiederaufbau wurden begonnen in der Hoffnung, daß die Mil.Regierung dies anerkennen und als Zeichen des Friedenwillens der Stadt Kiel respektieren werde.

Seit November 1946 sind der Militärregierung über die Landesregierung viele Verwertungsvorschläge für das Ostufer eingereicht worden. Es wurde versucht, ausgebombte Kieler Firmen der Chemie, Holz- und Metallverarbeitung sowie der Baustoffwirtschaft anzusiedeln. Alle diese Bemühungen waren leider ohne Erfolg. Einige kleine, stillschweigend geduldete Firmen mußten sogar zu Beginn des Jahres 1948 ihre hauptsächlich für Lagerzwecke benutzten Räume wieder aufgeben. Die Mil.Regierung untersagte jede weitere Vermietung und erklärte, daß vor einer Entscheidung von höherer Stelle aus bezüglich der Zukunft der Kieler Werften als Ganzes die Freigabe einzelner Gebäude nicht genehmigt werden könne. Auf diese grundsätzliche Entscheidung über das Ostufer wartet die gesamte Kieler Bevölkerung nun schon zwei Jahre. Lediglich die ehemalige Kolbwerft wurde für die Errichtung des Seefischmarktes freigegeben. Das Tempo seines Aufbaus für die Friedenswirtschaft ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie sehr Kiel auf die Verwertung seines Ostufers wartet.

Mit unablässiger Energie ist dann von deutscher Seite weiter auf die Freigabe auch der anderen Geländeteile gedrängt worden. Im Sommer 1948 führten englische und deutsche Dienststellen mehrere Besprechungen und Besichtigungen auf dem Ostufer durch. Nach gründlicher Durcharbeit wurde dann ein neuer umfassender Verwertungsplan aufgestellt. In Zusammenarbeit zwischen Land, Stadt, Institut für Weltwirtschaft, Gewerkschaften und Industrie- und Handelskammer entstand dann jener Plan, der am 12.10.1948 der Militärregierung durch die Landesregierung überreicht worden ist. Am 5. November 1948 erhielt die Landesregierung eine Mitteilung der Mil.Regierung, die anscheinend als eine Antwort auf diesen Verwertungsplan aufzufassen ist. In dieser Mitteilung wird gesagt, welche Gebäude zerstört und welche erhalten werden sollen und daß der Zeitpunkt des Beginns der Zerstörung besonders mitgeteilt wird. Auch jetzt hat die Militärregierung also noch keine grundsätzliche Entscheidung getroffen. Immer noch besteht die Gefahr, daß durch Teilaktionen das gesamte Potential des Ostufers zerschlagen und für die Kieler Wirtschaft nutzlos gemacht wird.

Ministerpräsident Lüdemann und Wirtschaftsminister Prof. Preller haben deshalb auch in jüngster Zeit wieder den englischen Dienststellen gegenüber nachdrücklichst betont, Land und Stadt könnten sich nur dann mit den vorgesehenen Zerstörungen einverstanden erklären, wenn: 1. die Verwertungsvorschläge der deutschen Stellen die endgültige Genehmigung der Militärregierung finden, 2. wenn keine weiteren Zerstörungen an Hallen, Gebäuden, Verkehrs- und Verteilungsanlagen vorgenommen werden, wenn 3. die Kaiflächen erhalten bleiben und wenn 4. die Anlagen des Ostufers sofort und

endgültig der deutschen Verwaltung für die Ansetzung von Friedensindustrien übergeben werden. Gleichzeitig hat die Landesregierung gebeten, einzelne, noch sehr gut erhaltene Gebäude auf dem Gelände der Germania-Werft und der Deutschen Werke von der vorgesehenen Zerstörung auszunehmen. Bei der Germania-Werft handelt es sich um Anlagen, die für die Stromerzeugung, Stromverteilung oder den Transport wichtig sind, oder um Großgebäude, die für einen Bau von Hochleistungskesseln und Turbinen zur Ausweitung der unzureichenden deutschen Stromerzeugung vorgesehen sind.

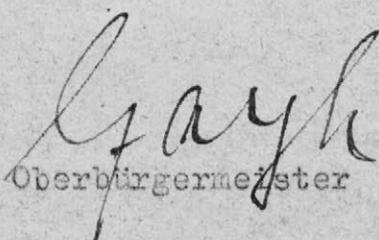
Bei den Deutschen Werken ist besonders die Erhaltung der großen Maschinenbauwerkstatt und der angrenzenden großen Gebäude erneut beantragt worden, um diese Anlagen für eine Papier- und Zellulosefabrik nach Möglichkeit nutzbar zu machen. Um den ehrlichen Willen der deutschen Stellen zum vollständigen Abbau des Kriegspotentials zu beweisen, ist in den Verhandlungen der Vorschlag gemacht worden, für diese und andere große industrielle Unternehmungen ausländisches Kapital heranzuziehen, das dann jederzeit die Gebäudeverwertung überwachen und im eigenen Interesse eine Ausnutzung für Kriegszwecke verhindern kann.

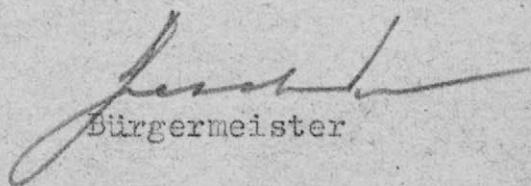
So ist deutscherseits mit Vorschlägen und Zusicherungen alles getan worden, um dem Ostufer eine Zukunft zu geben; die Entscheidung liegt nun allein bei der Mil.Regierung. Das gerade in diesem Augenblick über der TVA in Eckornförde schwebende Verhängnis erzeugt im Lande einen sehr hohen Grad von Beunruhigung.

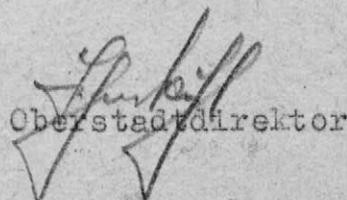
"Wir hoffen, daß das Ostufer nicht auch noch Gegenstand einer solcher großen Beunruhigung werden möge!"

O b e r b ü r g e r m e i s t e r gibt abschließend bekannt, daß die Sitzung vertagt wird bis zur Weiterberatung des Punktes 4 in der nächsten Sitzung.

- Kenntnis genommen -


Oberbürgermeister


Bürgermeister


Oberstadtdirektor

Handwritten notes:
L 9/12
K 7/12

1. Auszüge aus der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 4. Dezember 1948 erhalten:

- Von a) der geschäftl. Mitteil. das Bauaufsichtsamt zur Kenntnis.
 b) " " " " Hauptamt (Rundverfügung)
 c) " " " " a) Ratsamt zur Kenntnis,
 b) Fraktion der SPD zur Kenntnis
 c) Fraktion der CDU zur Kenntnis.

- Von Punkt 1) der Tagesordnung: Hauptamt zur Kenntnis
 " " 2) " " alle städt. Dienststellen und Rats-
 Herren erhalten eine Zusammenstellung
 aller Ausschüsse.
 " " 3) " " a) Ratsamt zur Kenntnis,
 b) Geschäftsst.f. Entnazifizierung
 zur Kenntnis,
 c) Ordnungsamt zur Kenntnis.
 " " 4) " " a) Ratsamt zur Kenntnis,
 b) Statistisches und Wahlamt zur Kts.
 c) SPD-Fraktion zur Kenntnis,
 d) CDU-Fraktion zur Kenntnis.
 " " 5) " " a) Dezernatsbüro zur Kenntnis
 b) Kämmereiamt zur Kenntnis
 " " 6) " " a) Hochbauamt zur Kenntnis
 b) Kämmereiamt zur Kenntnis.
 " " 7) " " a) Stadtplanungsamt zur Kenntnis
 b) Kämmereiamt zur Kenntnis
 " " 8) " " a) Bauaufsichtsamt zur Kenntnis
 b) Kämmereiamt zur Kenntnis.
 " " 9) " " a) Steueramt zur Kenntnis
 b) Stadtwirtschaftsamt zur Kenntnis
 c) Feuerlösch- und Rettungswesen z. Kts
 d) Gemeinschaftslagerverwaltung z. Kts.
 e) Kämmereiamt zur Kenntnis.
 " " 10) " " a) Bauaufsichtsamt zur Kenntnis
 b) Tiefbauamt zur Kenntnis
 c) Syndikat zur Kenntnis
 " " 11) " " ^{a) Hauptamt zur Kenntnis}
 Stadtplanungsamt zur Kenntnis und
 weiteren Veranlassung
 " " 12) " "
 13)
 14) a) Grundstücksamt zur Kenntnis
 15) b) Kämmereiamt zur Kenntnis.
 " " 16) " "

Kreutz

Sitzung der

Kämmerei:
Stadtvertretung:

vom:

14. 12. 48

Einen Auszug aus dem Beschluß der Sitzung

der Kämmerei:
Stadtvertretung:

heute erhalten:

Dienststelle	Betr.:	Unterschrift - Datum
Präsidentenamt	10000 C-8-10	Stark 14/12/48
Rathaus	C-3-2-4-	Klein 14/12/48
SPD-Fraktion	C-4	Jahn 14/12/48
CDU-Fraktion	C-4	MM 17/12/48
Lehrerstell. f. Luthweg	3	Stark 15/12
Ordnungsamt	3	Watzdorf 14/12/48
Stad. i. Wohlarzt	4	Boelek 14/12/48
Dezernatsbüro	5	Stark 14/12/48
Kämmerei-Kassenzug	5-6-7-8-9-12 13-14-15-16	14.12.48/Boermit
Wohlarzt	6	Stark 14/12/48
Stadtplanungsamt	7-11	Stark 14/12
Stadtkämmerei	9	Stark
Stadtverordnetenamt	9	Kammerei 14/12/48
Feuerlösch- u. Rettungswesen	9	Klein
Gemeinschafts-Kassenzug	9	Stark

Fickbaur

10

Oberk

14/12

Schindler

10

Ney

14/12

Grundstück

12-13-14-15-16

Oberk

14/12